GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

# Ein vorsichtiger Umgang mit Sprache ist nötig : Rede gehalten vor der Universität Wien im Rahmen der Demonstration vom 19.2.2000 gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ

**Saurer, Edith**

**2000**

**https://doi.org/10.25595/954**

**Veröffentlichungsversion / published version**
**Zeitschriftenartikel / journal article**

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Saurer, Edith: *Ein vorsichtiger Umgang mit Sprache ist nötig : Rede gehalten vor der Universität Wien im Rahmen der Demonstration vom 19.2.2000 gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ*, in: L' homme : Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft, Jg. 11 (2000) Nr: 1, 130-131. DOI: https://doi.org/10.25595/954.

**Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

**Terms of use:**

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

# Ein vorsichtiger Umgang mit Sprache ist nötig

## Rede gehalten vor der Universität Wien im Rahmen der Demonstration vom 19.2.2000 gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ

Edith Saurer

In den Jahrzehnten nach 1945 haben Universität und Forschung einen Lernprozess vollzogen, der nicht nur Ergebnis der generellen Wissensentwicklung, sondern auch der politischen Erfahrung ist. Konform zur gesellschaftlichen Entwicklung Österreichs wurden die NS-Vergangenheit und die damit verbundenen Verantwortlichkeiten zunächst zugedeckt und nicht benannt. Die Vertreibungen von Juden und politisch Andersdenkenden von den Universitäten, die von Seiten der Universitätsangehörigen widerstandslos mitvollzogen wurden, schienen zunächst keines Kommentars wert. Da zeigte sich das Schreckbild von Hochschullehrenden mit verstümmelter Erinnerung, die ihre alten Gedanken und Texte, ihre Sprache nur gering veränderten.

Dieses Selbstbild und dieses Geschichtsverständnis bekamen Risse. Und was die Universitäten und die Wissenschaft seither in einer langen Auseinandersetzung gelernt haben, ist die Verpflichtung zu Wachsamkeit gegenüber politischen Entwicklungen, zur kritischen Distanz zu Macht, zur Entwicklung und Kultivierung einer Sprache, die sich von rassistischen Traditionen trennt. Weder ist Wissenschaft unpolitisch, denn sie spielt sich in einem gesellschaftlichen Rahmen ab, noch sind Wissenschaftler/innen durch das Objektivitätspostulat ihrer Tätigkeit davon dispensiert, sich zu politischen Entwicklungen zu äußern; im Gegenteil. Gerade dieses fordert sie zu Stellungnahmen auf.

Von der gegenwärtigen politischen Situation sind die Hochschullehrenden und Studierenden in besonderem Maße betroffen. Fremdenhass, Verbarrikadierungen hinter politischen und mentalen Grenzen treffen eine Tätigkeit, die davon lebt, dass sie sich internationalen Diskussionen stellt. Eine „mir san mir"-Idylle ist das Ende der Wissenschaft. Die Studierenden haben gerade in den letzten Jahren durch Mobilitätsprogramme die Möglichkeit erhalten, an den verschiedenen Universitäten der EU-Länder zu studieren und Erfahrungen mit anderen Sprachen, Kulturen und Wissensformen zu sammeln. Ebensolche Programme gibt es für andere Gruppen der Gesellschaft, wie auch für Lehrlinge. Die österreichische Gesellschaft hat nicht zuletzt durch den EU-Beitritt die



Online gestellt mit finanzieller Unterstützung der Universität Basel (Lehrstuhl Prof. Dr. Claudia Opitz-Belakhal).

Möglichkeit erhalten, in einen breiten Diskussionsraum einzutreten, der auch ein politischer Diskussionsraum ist. Die liberale und vielgestaltige Kultur, die sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, ist durch diese Kommunikation belebt worden.

Es hat sich an den Universitäten und in anderen Teilen der Gesellschaft eine neue Sprache entwickelt, die mit jener der 30er und 40er Jahre nichts mehr gemein hat und dennoch aus der Auseinandersetzung mit ihr und in der Abgrenzung von ihr gelernt hat. Gelernt wurde der vorsichtige Umgang mit der Sprache, denn diese ist der erste Schritt zu Diskriminierung und Gewalt.

Deshalb können die berühmten ‚Haider-Sager' nicht als Ausrutscher betrachtet werden, für die sich jeweils wieder eine neue Entschuldigung anbringen lässt. Diese ‚Sager' knüpfen an Traditionen an, die allen bekannt sind, sie beschönigen diese und wollen einer Sprache zu Dominanz verhelfen, die auf Diskriminierungen setzt. Diese ‚Sager' werden von manchen, auch jungen Menschen, als Tabubruch verstanden und als solcher akklamiert. Hier wird aber nur der Gestus gesehen, denn es handelt sich um keine Tabubrüche, sondern um Anknüpfungen an eine Sprache, die an verschiedenen Tischen nie in Frage gestellt wurde.

So soll denn offenkundig das Rad der Zeit zurückgedreht werden. An den österreichischen Universitäten sind heute die Hälfte der Studierenden Frauen. Hinter dieser Entwicklung stehen nicht nur Kämpfe, sondern auch das Bild von einer Gesellschaft, in der Frauen und Männer über die gleichen Kompetenzen verfügen und die gleichen Verantwortlichkeiten übernehmen. In dem Regierungsprogramm der blau-schwarzen Koalition wird zwar von Frauenförderung gesprochen; die Auflösung des Frauenministeriums, der berühmte Kinderscheck, die geringe Betonung von Kinderbetreuungseinrichtungen und die Forderung nach der Verankerung der Familie in der Verfassung sprechen jedoch eine andere Sprache. Die Frauen- und Geschlechterforschung, die in den letzten Jahrzehnten eine innovative Disziplin in den Gesellschafts- und Kulturwissenschaften geworden ist, weiß diese Entwicklung zu deuten, nämlich: Die pronatalistischen Maßnahmen, drei Jahre Karenz fegen Frauen vom Arbeitsmarkt hinweg und ermöglichen ihnen höchstens eine gering bezahlte Teilzeitarbeit. Der Alleinverdiener soll der politisch willfährige Mann sein. Eine soziale Figur also, die nur zu bekannt ist.

Die neue Regierung wird die ‚Sager' auch deshalb nicht los, weil ihr Programm rückwärts gewandt ist. In den letzten Jahrzehnten hingegen haben sich die Bürger und Bürgerinnen einen freien Denk- und Handlungshorizont erobert, den sie sich nicht nehmen lassen werden. Wir werden ihn uns nicht nehmen lassen.